

Es gilt das gesprochene Wort

26. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 17.01.2024

Antwort auf die mündliche Anfrage Nr. 15 des Bezirksverordneten Harald Gindra Schöneberger Eck – riskante Entscheidungen von Bezirksamt und BVV?

1. Frage

Welche Folgen hat die kürzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das begonnene Bauprojekt?

Antwort auf 1. Frage

Aufgrund der Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Nachbarwiderspruchs können die Bauarbeiten an dem Bauvorhaben „Neubau Büro- und Geschäftshaus“ derzeit nicht fortgesetzt werden. Die übrigen zwei Baugenehmigungen sind hiervon jedoch nicht betroffen.

2. Frage

Was wurde bei einer der Baugenehmigungen beanstandet?

Antwort auf 2. Frage

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ist – anders als zuvor das Verwaltungsgericht Berlin – der Auffassung, dass die durch den Neubau ausgelöste Erhöhung der Schallimmissionen am Objekt Martin-Luther-Straße 45 durch Maßnahmen des passiven

Schallschutzes tatsächlich zu kompensieren seien. Dies Kompensation sei aber nicht sichergestellt, weil der Bebauungsplan Plannachbarn auf das Schallschutzfensterprogramm 2022/2023 verweise. Dieses Programm gewähre aber lediglich einen Zuschuss zu den Kosten. Ferner hänge die Inanspruchnahme des Programms davon ab, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Die Baugenehmigung trifft daneben keine Aussagen zum Schallschutz. Deshalb verletze die Baugenehmigung das Gebot der Rücksichtnahme.

1. Nachfrage

Ist dem Bezirksamt vor oder nach einer Entscheidung des OVG eine Heilung möglich?

Antwort auf die 1. Nachfrage

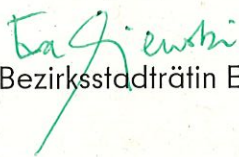
Ob eine Heilung des Bebauungsplans 7-93 VE notwendig und möglich ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

2. Nachfrage

Wie schätzt jetzt das Bezirksamt die finanziellen Risiken ein, die sich aus dem Hauptsacheverfahren und bei der Normenkontrollklage abzeichnen könnten?

Antwort auf die 2. Nachfrage

Derzeit kann nicht seriös abgeschätzt werden, ob ein finanzielles Risiko besteht und gegebenenfalls in welcher Höhe.



Bezirksstadträtin Eva Majewski